



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 18. März 1887.

Nr. 130.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfg.

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

10. Plenarsitzung vom 17. März.

Das Haus und die Tribünen sind mäßig besetzt.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär des Innern v. Bötticher nebst Kommissarien.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Der Präsident bittet das Haus im Namen des Gesamt-Vorstandes, dem letzteren die Ermächtigung zu ertheilen, Sr. Majestät dem Kaiser zu Allerhöchstdessen 90. Geburtstage eine Adresse zu überreichen; ferner ersucht der Präsident für das Präsidium die Ermächtigung nach, Sr. Majestät dem Kaiser persönlich die Glückwünsche übermitteln zu dürfen, wofür sich hierzu Gelegenheit bieten sollte.

Das Haus ertheilt die gewünschte Ermächtigung nach beiden bezeichneten Richtungen hin.

Tagesordnung:

Dritte Lesung des Gesetzentwurfs betreffend einige auf die Marine bezügliche Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes vom 27. Juni 1871 über die Pensionirung und Versorgung der Militärpersonen.

Die Vorlage wird ohne Debatte nach der in zweiter Beratung angenommenen Fassung unverändert genehmigt.

Nachdem darauf einem Antrage des Abg. Dr. Meyer-Jena (nat.-lib.) gemäß der Entwurf eines Gesetzes betreffend den Servistarif und die Klassen-Einteilung der Orte an die Budget-Kommission verwiesen worden, folgt die erste Beratung des Gesetzes betreffend die Unfall-Versicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschiffahrt beteiligter Personen.

Abg. Schrader (deutschfrei.) erklärt sich mit der Tendenz der Vorlage einverstanden, macht indes verschiedene Bedenken gegen einige Einzelbestimmungen geltend, deren kommissarische Beratung er anheimgibt. Redner befürwortet speziell die Einbeziehung der Fischerei in die Unfall-Versicherung, bemängelt des Weiteren die Berücksichtigung der Ausländer bei der Versicherung und giebt sodann der Ansicht Ausdruck, daß die der Rhederei erwachsenden Lasten von derselben kaum würden getragen werden können; Redner schließt mit dem Wunsche nach eingehender kommissarischer Beratung der Vorlage.

Staatssekretär v. Bötticher führt aus, daß wir, wie der Abg. Dr. Hartmann (deutschkonf.) gestern erklärte, in der sozialen Reform bereits so weit vorgeschritten seien, daß wir nun nicht mehr stille stehen könnten; daher könne die Unfall-Versicherung der Seeleute nicht weiter hin-

ausgeschoben werden. Was die Fischerei anlangt, so seien hier so eigenartige Verhältnisse vorhanden, daß die gleichzeitige Einbeziehung dieser mit der Seeschiffahrt in den Rahmen der Unfall-Versicherung nicht thunlich erscheine; indessen werde auf eine demnächstige Unfall-Versicherung der Fischerei Bedacht zu nehmen sein. Die Einbeziehung der ausländischen Matrosen in die Versicherung habe indessen durchaus nicht den bedenklichen Charakter, wie der Vorredner annehme. Die Ziffern, die man in Gemäßheit der bereits vorhandenen völlig ausreichenden Statistiken den Berechnungen der Vorlage zu Grunde gelegt, seien äußerst sorgfältig geprüft und jedenfalls nicht zu niedrig gegriffen. Die Belastung der Seeschiffahrt in höherem Maße als die der Industrie sei nicht zu umgehen, indessen betrage jene nicht das Vierfache, sondern nur etwas über das Dreieinhalbfache dieser. Was der einen wirtschaftlichen Gruppe recht, sei auch der anderen billig und es sei nicht möglich, die Rente des Seemanns niedriger zu bemessen als die des industriellen Arbeiters. Daß die unbefriedigende wirtschaftliche Lage der Rhederei auf die gegenwärtige Wirtschafts-Politik zurückzuführen sei, könne er dem Vorredner nicht zugeben; an jener sei vielmehr die Ueberproduktion an Schiffsräumen und der Uebergang von der Segel- zur Dampfschiffahrt schuld; jedenfalls sei nicht anzunehmen, daß die deutsche Rhederei wegen der ihr durch die Unfall-Versicherung der Seeleute erwachsenden Lasten den deutschen Boden verlassen werde; vielmehr würden uns die anderen Staaten ebenso wie auf dem industriellen Unfall-Versicherungswesen auch auf dem Gebiete der Seemanns-Unfall-Versicherung Nachfolge leisten und damit die wünschenswerthe Ausgleichung geschaffen werden. Die gegenwärtige Vorlage habe keinen politischen, sondern einen rein wirtschaftlichen Charakter und ebenso wie für den Landarbeiter müsse man auch für den Seemann ein Herz haben; durch Annahme dieses Gesetzentwurfes würden wir auch in sozialer Beziehung um ein nicht unbedeutendes Stück vorwärts kommen. (Bravo! rechts.)

Abg. Gebhard (nat.-lib.) befürwortet die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern, welche die im Einzelnen geltend zu machenden Bedenken sorgfältig zu prüfen haben würde; in einem ähnlichen Sinne spricht sich

Abg. Spahn (Zentr.) aus, dessen Einzelansführungen auf der Journalistentribüne verloren gehen.

Abg. Wörmann (natlib.) setzt auseinander, daß die Rhederei einen ganz eigenartigen Charakter insofern habe, als sie in außerordentlich hohem Maße der Konkurrenz preisgegeben sei, daher müsse man sich hüten, sie allzu sehr zu belasten. Redner bemängelt sodann einen Theil der der Vorlage zu Grunde gelegten Ziffern und äußert des Weiteren den Wunsch, daß man, wenn möglich, die Seeleute zu den Beiträgen der Versicherung mit heranziehen, event. aber den Reservefonds erhöhen möge.

Kommissar zum Bundesrath Geh. Ober-Regierungs-Rath Wölke hält dem Vorredner gegenüber die Zahlen der Vorlage als zuverlässig aufrecht und erklärt, daß in Rücksicht auf die Höhe der für den Seemann obwaltenden Gefahr die vorgeschlagene Rente nicht zu hoch erscheine.

Abg. Frhr. v. Malpahn-Gülz (Konf.) erklärt, daß auch seine Partei der Vorlage sympathisch gegenüber stehe, wenngleich eine sorgfältige kommissarische Prüfung unumgänglich notwendig erscheine. Namentlich werde die Frage, ob es dem Rheder freistehen solle, zur Deckung der Beiträge 2 pCt. der Feuer einzubehalten, gründlich geprüft werden müssen. Ohne eine stärkere Belastung der Rhederei werde es indessen nicht abgehen, was er seinerseits bedauere, wenngleich er nicht zugeben könne, daß die Rhederei allein unter der ausländischen Konkurrenz schwer zu leiden habe, denn letzteres sei auch bei der Landwirtschaft der Fall, welche u. A. durch den Import transatlantischen Weizens schwer geschädigt werde. Es handle sich jedoch nicht sowohl um das Interesse der Rhederei, als um das der seefahrenden Bevölkerung, und er hoffe, daß aus den Beratungen der Kommission ein möglichst gutes

und zweckmäßiges Gesetz hervorgehen werde. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Unfallversicherung der bei den Bauten beschäftigten Arbeiter.

Nachdem sich Abg. Veiel (natl.) für das Prinzip der Vorlage und für kommissarische Prüfung der obwaltenden Bedenken im Einzelnen ausgesprochen, bekämpft

Abg. Dr. Barth (deutschfrei.) diejenige Bestimmung der Vorlage, nach welcher bei Bauarbeiten, deren Ausführung nicht gewerbmäßig erfolgt, die Versicherung auf Kosten der Unternehmer, beziehungsweise der Bauherren durch die Berufs-Genossenschaft der Bauarbeiterbetreibenden derjenigen Art von Bauten erfolgt, zu welcher die Bauausführung gehört und in deren Bezirk die Bauarbeiten ausgeführt werden; Redner steht in dieser Bestimmung eine Durchbrechung des bisher bei Unfallversicherung beobachteten Prinzips, mit dem man eben nicht weiter kommen könne.

Staatssekretär v. Bötticher schließt sich dem von dem ersten Redner ausgesprochenen Wunsche auf kommissarische Beratung an und bittet des Weiteren, die Kommission möge die die Unfallversicherung der Bauarbeiter betreffende Vorlage zunächst in Angriff nehmen, da von der Verabschiedung derselben ein Theil derjenigen Dispositionen der Reichsregierung abhängig sei, welche bezüglich der Organisation der Arbeiten für den Nord-Ostsee-Kanal zu treffen wären. Gegenüber dem deutschfreisinnigen Redner führt der Staatssekretär aus, daß die Regierung keineswegs schablonenhaft vorgegangen sei; wenn jedoch die Meinungen nach verschiedenen Richtungen auseinander gegangen seien, so sei man in den zuständigen Kreisen darüber völlig einig gewesen, daß die von der linken Seite stets vertretene Privatversicherung jedenfalls auszuschließen sei. Zweifelloso sei es nicht möglich, Betriebe, in denen nur vorübergehend Bauten vorgenommen würden, zu einer Berufs-Genossenschaft zu vereinigen. Daher sei man zu der von dem Vorredner angegriffenen Bestimmung gekommen. Wenn indessen der Abg. Barth einen besseren Weg wisse, so seien die verbündeten Regierungen, wie stets, auch hier bereit, sich belehren zu lassen. (Große Heiterkeit rechts.) Die Unfallversicherung, wie sie die Reichsregierung inaugurirt habe, sei thatsächlich ohne Vorbild; es liege indessen keinerlei Grund vor, auf dem bisher verfolgten Wege still zu stehen. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen. Die Vorlage wird an die zuvor beschlossene Kommission verwiesen.

Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.
Tagesordnung: Kleinere Vorlagen.
Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 17. März. Unter den im „Reichs- und Staats-Anzeiger“ vom Mittwoch veröffentlichten Allerhöchsten amtlichen Verordnungen befindet sich an erster Stelle die Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens an den königlich italienischen Minister des Aeußeren, Grafen Nicolis de Robilant. In der gestrigen Nummer des amtlichen Blattes befindet sich dagegen folgende Berichtigung:

„Die in der gestrigen Ausgabe des „Reichs- und Staats-Anzeigers“ zum Abdruck gelangte Nachricht bezüglich der Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens an den Grafen Robilant ist verfrüht. Die Verleihung ist von Sr. Majestät dem Kaiser für den Allerhöchsten Geburtstag beabsichtigt, bis her aber noch nicht erfolgt.“

Durch diese Berichtigung ist eine heillose Ueberraschung bereitet worden. Die offiziellen Begleitschreiben für die Ordensverleihung waren fertig und die Kontroordre ist augenscheinlich nicht mehr rechtzeitig eingetroffen, so daß nun die offiziellen Begleitschreiben für die Verleihung des Ordens und die amtliche Berichtigung für die Nichtverleihung desselben nebeneinander erscheinen. So ist z. B. gleichzeitig in den offiziellen „Berl. Pol. Nachr.“ zu lesen:

„Die Verleihung stellt sich dar als das seiner Form nach überaus ehrenvolle Schlussmoment bedeutsamer Verhandlungen, die in neuester Zeit mit Italien geführt wurden, und die auch das Interesse der politischen Tagespresse so angelegentlich beschäftigt. Wenn wir sagen dürfen, daß die dem Grafen Robilant preussischerseits zu Theil gewordene Deforirung mit dem hohen Orden vom Schwarzen Adler eine Allerhöchste Anerkennung der hervorragenden persönlichen Eigenschaften des italienischen Staatsmannes bildet, wenn sie den Beweis erbringt, daß die charakterfeste monarchische Gesinnung, die dem regierenden Königshause gewidmete Treue und Ergebenheit, welche sich in den wechselnden Situationen der letzten Monate glänzend bewährte, auch die volle sympathische Würdigung findet, so möchten wir doch auch andererseits in beregter Ordensauszeichnung den Ausdruck hoher Befriedigung darüber erkennen, daß Dank den Bemühungen des Grafen Robilant die Intimität der deutsch-italienischen Freundschaft ihre erneuerte Befestigung gefunden hat. Denn das enge freundschaftliche Einvernehmen beider Staaten vermehrt das Gewicht der Bemühungen Deutschlands um Erhaltung und Festigung des europäischen Friedens und hilft dadurch den Schuttdamm gegen anderweitige Strebungen so weit verstärken, als dies bei der gegenwärtigen, immerhin nicht unbedenklichen internationalen Lage geboten erscheint.“

— In Sachen der Privat-Briefbeförderungs-Anstalten bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Meinung:

Nach einer in mehreren Zeitungen enthaltenen Mittheilung hat vor Kurzem in Frankfurt (Main) eine Konferenz von Inhabern verschiedener Privat-Beförderungsanstalten stattgefunden, in welcher u. A. beschlossen worden ist, eine gegenseitige Briefbeförderung — also eine Briefbeförderung verschlossener Briefe zwischen verschlossenen Postorten — ins Leben zu rufen. Dieser Beschluß soll sich darauf gründen, daß nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts vom 22. Februar d. J. den Privatpostanstalten gestattet sei, die Beförderung von Briefen u. s. w. von Stadt zu Stadt in gegenseitigem Austausch vorzunehmen. Dieser Auffassung des in Rede stehenden Erkenntnisses (welches übrigens nicht am 22. Februar, sondern am 7. 14. Februar ergangen ist) liegt offenbar ein Mißverständnis zu Grunde. Denn bei demselben handelte es sich darum, daß ein einzelner Absender einige von ihm selbst herrührende Briefe in ein mittelst der Eisenbahn befördertes Paket eingelegt hatte. Die Privat-Briefbeförderungs-Anstalten beabsichtigen aber nicht ihre eigenen Briefe, sondern die Briefe dritter Personen gegen Bezahlung zu sammeln und gemeinsam zu versenden. Durch einen derartigen Betrieb würde eine Nebenpost ins Leben gerufen werden; die Reichs-Postverwaltung erachtet ein solches Verfahren nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes über das Postwesen des deutschen Reiches für gesetzwidrig und wird eintretenden Falles gegen die Beförderer und Versender das Strafverfahren wegen Posthinterziehung einleiten.

— Der Befehlshaber von Massowah, General Gené, ist, wie bereits gemeldet, von seinem Posten abberufen worden. Ueber die Ursache der Abberufung berichtet ein Telegramm aus Rom noch folgendes Nähere:

Unter den letzten durch Major Piano am 11. März überbrachten Bedingungen Ras Alula's für die Freilassung der Expedition Gallimbeni war auch die Uebersendung von 1000 Gewehren, deren Lieferung mit dem schweizerischen Händler Bogt vereinbart, aber nach dem Ausbruch der Feindseligkeit durch das italienische Kommando verhindert worden war. Behufs Rettung der Expedition ließ Gené am 12. März cr. Piano und Bogt mit den Gewehren und Geschenken nach Asmara abgehen, auch bis Sahati eskortiren. Hier herrscht allgemeiner Unwille über die leichtsinnige Gutmüthigkeit Gené's.

Wilhelmshafen, 14. März. Für das Etatsjahr 1887—88 ist die Indiensthaltung von 66 Schiffen und Fahrzeugen vorgesehen, und zwar von 15 Schiffen für den auswärtigen Dienst, nämlich: 1 Kreuzerfregatte zu 12 Monaten, 3 Kreuzerfregatten zu je 12 Monaten (Kreuzer-gehwader); 1 Kreuzer und 1 Kanonenboot zu

je 12 Monaten (westafrikanische Station); 1 Kreuzer und 1 Kanonenboot zu je 12 Monaten (ostafrikanische Station); 1 Kreuzer und 1 Kanonenboot zu je 12 Monaten (ostasiatische Station); 2 Kreuzer zu je 12 Monaten (australische Station); 1 Stationsfahrzeug zu je 12 Monaten (Mittelmeerstation); 2 Kanonenboote zu je 12 Monaten (Ersatz für Stationsfahrzeuge), zusammen 15 Schiffe und Fahrzeuge. Für Schul- und Übungszwecke: 4 Kreuzerfregatten zu je 12 Monaten (Schulgeschwader); 1 Panzerfregatte erster Klasse mit Geschwaderstab zu 6 Monaten, 2 Panzerfregatten und 1 Aviso zu je 6 Monaten (Mandergeschwader); 1 Panzerfregatte, Stammschiff für die Reserveflotte der Ostsee, und zwar je 3 Monate, stationär 9 Monate. 1 Panzerfahrzeug, Stammschiff, zu 12 Monaten, davon 1 Monat jegehend, 11 Monate stationär, 3 Panzerfahrzeuge je 1 Monat jegehend (Reserveflotte der Nordsee); 1 Aviso, Flottillenfahrzeug, zu 6 Monaten, 2 Torpedobootsflottenboote zu je 6 Monaten, 12 Torpedoböte zu je 6 Monaten, 4 Torpedoböte zu je 10 Monaten (zur Ausbildung von Torpedopersonal), 1 Kadettenschulschiff (Segelfregatte) zu 6 Monaten, 2 Schiffsjüngerschulschiffe, und zwar 1 Kreuzerfregatte zu 12 Monaten, 1 Kreuzerfregatte zu 12 Monaten, 2 Segelbrigg zu je 7 Monaten, 1 Artillerieerschulschiff zu 12 Monaten, und zwar 6 Monate jegehend, 6 Monate stationär, 1 Tender dazu zu 12 Monaten, davon 6 Monate jegehend, 6 Monate stationär, 1 Torpedoschulschiff mit Tender, je 6 Monate jegehend und 6 Monate stationär, 2 Panzerfregatten als Wachschiffe, für die Marinestationen zu je 12 Monaten, und zwar je 9 Monate jegehend, 3 Monate stationär, 6 Schiffe und Fahrzeuge zu anderen Zwecken; 2 Fahrzeuge zu je 6 Monaten zu Vermessungszwecken, 1 Fahrzeug zu 6 $\frac{1}{2}$ Monaten zum Schutze der Nordseefischerei, 1 Fahrzeug zu 12 Monaten zu Versuchszwecken und 2 Kreuzerfregatten zu je 3 Monaten zu Probefahrten. (Wes.-Ztg.)

Aus der Pfalz. Ein nettes Bröckchen von ultramontanem Patriotismus wird aus der Pfalz berichtet: Die beabsichtigte Abhaltung eines Festgottesdienstes zur Feier des 90. Geburtstages des deutschen Kaisers in der katholischen Kirche in Ludwigshafen hat die vorgesetzte Kirchenbehörde nicht genehmigt. So theilte der Bürgermeister von Ludwigshafen in öffentlicher Stadtraths-Sitzung mit.

Ausland.

Wien, 17. März. Ihre Meldung, daß die Berliner Polizei zuerst das beabsichtigte Attentat in Petersburg signalisierte, wird autenthisch bestätigt. Ich erfahre, daß die Berliner Polizei zur Kenntniss des Anschlages durch die Wahrnehmung gelangte, daß zwischen der Schweiz und Rußland in der letzten Zeit eine erhöhte Thätigkeit verdächtiger Kreise herrschte. In Folge dieser Wahrnehmung verschärfte die Berliner Polizei ihre Achtsamkeit und entdeckte Fäden, welche auf das Komplott hindeuteten. Nach gewonnener Ueberzeugung für die Richtigkeit der gemachten Entdeckungen ließ die Berliner Polizei eine Warnung nach Petersburg gelangen und nur der letzteren ist die Vereitelung des sonntägigen Attentats zu verdanken. Daraus geht aus ungewisshast hervor, daß der Attentatsversuch ausschließlich nihilistischen Ursprungs gewesen, was allerdings nicht verhindert, daß die panslawistischen und die konstitutionellen Verschwörungen gleichzeitig tiefgehende sind und einen bedenklichen Charakter für die Erhaltung der Ruhe in Rußland angenommen haben.

Porto Alegre, 1. Februar. (Wes. Ztg.) Die Kronprinzessin Dona Izabel ist mit ihrem Gemahl, dem Grafen d'Eu, und ihren drei Kindern, lauter Prinzen, gegenwärtig auf einer Reise in Europa begriffen. Die hohen Herrschaften haben zur Ueberfahrt einen englischen Dampfer benützt und sind in Lissabon ans Land gestiegen. Ihr Reiseziel ist Paris, wie auch durch die zu meiner Kenntniss gelangte Thatsache bestätigt wird, daß der Graf d'Eu je ein Exemplar der in dieser Provinz erscheinenden deutschen Zeitungen zur Nachscheidung für ihn nach Paris hat bestellen lassen. Der kundgegebene und sehr glaubliche Zweck der Europa-Reise der kronprinzlichen Familie ist die Konsultation von Aerzten in Betreff des körperlichen Zustandes des elfjährigen Prinzen von Grao Para, des präsumtiven Thronfolgers seiner Mutter, der Kronprinzessin. Dieses nach elfjähriger Ehe des kronprinzlichen Paares zur Welt gekommene Schmerzenskind hat als Geburtsfehler eine Steifheit der linken Hand mitgebracht; er wird einmal — so meinen die Republikaner — das Szepter nicht halten können. Gegen dieses Uebel soll bei geschickten europäischen Aerzten Hilfe gesucht werden. In diesem sehr einfachen Zusammenhang der Dinge wird von den republikanischen Zeitungen, die allen Klatsch der Haupt- und Residenzstadt Rio de Janeiro in antidynastischem Sinne zu wunderlichen Kombinationen ausspinnen, die Aftersede von einer Spannung zwischen dem Kaiser und dem Grafen d'Eu, seinem Schwiegersohne, hineinverwoben. Der Graf soll mit seinem kaiserlichen Schwiegervater, auf deutsch gesagt, schmollen und sich aus Verdruss über die Sympathie, welche dieser dem ältesten Sohne seiner zweiten (verstorbenen) Tochter und des Herzogs August zu Sachsen zuwendet, nach Europa zurückgezogen haben. Dieser Prinz, auch Pedro getauft, ist 9 $\frac{1}{2}$ Jahre alt als sein leiblicher und Namensvetter Dom Pedro, Prinz von Grao Para, und wird für den erklärten Liebling des Kaisers angesehen, wie er der von der schönen Welt Rio's bewunderte Ka-

valler ist. Der Kaiser, beunruhigt durch das „Anwachsen der republikanischen Partei“ im Lande (mit diesem Ausdruck machen die Republikaner für sich Reklame), beginnt, so wird weiter herausgehängt, sich Sorgen um die Zukunft seiner Dynastie hinzugeben, und halte den Thron nicht bei seinem Hause gesichert, wenn er der Nachberrücklichtigen, der Prinzessin Izabel, berathen von dem Grafen d'Eu, zusalle. Er sehe diesen nicht für den Mann der Lage, nicht für geeignet an, über Brasilianer zu herrschen, und baue noch weniger Hoffnungen auf den Prinzen von Grao Para mit der lahmen Hand. Der andere Prinz Pedro hat das Zeug zu einem Souverän, soll der Kaiser gesagt haben, und es wird ihm die Absicht zugeschrieben, den Grafen d'Eu bei Seite zu drängen und dem Prinzen Pedro, auf dem bis zur Geburt des Prinzen von Grao Para die Hoffnung einer männlichen Erbsfolge beruhte, die Regentschaft zuwenden. Zu dem Ende soll die Kronprinzessin bewogen werden, zu Gunsten ihres ältesten Sohnes abzutreten, der dann seinen älteren Vetter als Regenten zur Seite erhalten würde; einmal Regent, würde dieser dann schon zusehen, wie er sich in der Herrschaft zu behaupten hätte. Vielleicht, meint man, würde es die Kronprinzessin sogar vorziehen, für sich und ihre Familie abzutreten, worauf die Regierung von selber dem Prinzen Pedro zusallen würde. In diesem Phantast-Gemälde eines Staatsstreiches oder einer Thron-Revolution wird auch dem deutschen Element in den Südprouvinzen eine Rolle zugetheilt; es soll den Prinzen Pedro bei seiner Thronerhebung unterstützen. Das sind nun lauter Chimären, aber sie sind charakteristisch für die Stimmung ausgebeuteter Schichten und für das Gefühls, daß der Thronwechsel nach dem Tode des jetzigen Kaisers nicht ohne Erschütterung sich vollziehen werde. Für diesen Fall halten sich die Republikaner bereit und verstärken ihre Reihen. Zu ihrer Taktik gehört es, die kaiserliche Familie lächerlich zu machen, und zu diesem Zwecke soll auch das Geschwätz über die im Kaiserhause spielenden Intriguen dienen. Es würde weniger gefährlich sein, wenn Ehrfurcht und Dankbarkeit tiefere Züge im brasilianischen Nationalcharakter bildeten. Wieviel Brasilien dem Kaiser D. Pedro II., der in echt konstitutionellem Geiste und mit großer Klugheit regiert, Dank schuldet, können sich die Brasilianer gar nicht klar genug machen. Wohl wäre ihm ein wenig mehr Energie und etwas militärischer Geist zu wünschen, und diese Eigenschaften sind es wohl zumeist, welche die Republikaner an dem Grafen d'Eu fürchten, der seinerseits durch die Beendigung des Feldzugs gegen Paraguay sich Anspruch auf den Dank seines Adoptivvaterlandes erworben hat. Ist schon nicht anzunehmen, daß er, wenn wirklich der Kaiser gegen ihn intriguirte, das Feld durch Verlassen des Landes räumen würde, so hat die Rechnung auf Unterstützung des Prinzen Pedro durch das deutsche Element noch geringere Wahrscheinlichkeit für sich. Denn dieser Prinz, obwohl er einen Herzog zu Sachsen zum Vater hat, ist den eingewanderten Deutschen niemals nahe getreten und ihnen persönlich ganz unbekannt. Wohl aber hat sich der Graf d'Eu in den deutschen Kolonien von Parana bis Rio Grande do Sul gezeigt und große Sympathien erworben, wie er auch überall von den Deutschen mit Auszeichnung behandelt worden ist. Im Ganzen steht das deutsche Element mit Recht im Gerüche strenger monarchischer Gesinnung, und dies ist der Grund, warum die Republikaner, die zugleich Nationalisten sind, es mit ihrer Mißgunst beehren. Die deutsche Presse in Brasilien ist, mit einer Ausnahme, das Echo dieser monarchischen Gesinnung. Was wollen die Republikaner? Haben sie in diesem Reiche mit der freiesten Verfassung und mit so freien Gesezen, daß man sie laxe nennen möchte, noch nicht Freiheiten genug? Sie erstreben wesentlich und zunächst die Autonomie der Provinzen unter selbstgewählten Präsidenten. Wie der Reichsverband aufrecht erhalten werden soll, ist ihre geringste Sorge. Der in Curitiba erscheinende „Pionier“, eben jenes deutsche Blatt, das den Republikanern sich angeschlossen hat, definiert die republikanische Doktrin kurz und bündig mit den Worten: Monarchie ist Zentralisation, Republik ist Dezentralisation, und mehr erfährt man aus den langen Auseinandersetzungen der landessprachlichen republikanischen Zeitungen auch nicht. Im Grunde sind die Republikaner eine Herde von Leuten, die aus sehr verschiedenen Gründen mit dem Bestehenden unzufrieden sind. Heute brüllen sich die Republikaner sehr viel mit ihrem Abolitionismus. Um für die Abschaffung der Sklaverei zu wirken, braucht man nicht Republikaner zu sein. Der Kaiser ist ihnen allen darin vorangegangen. Als auf seine Anregung 1845 zum ersten Mal in einer Thronrede die Beschränkung der Sklaverei aufs Tapet gebracht wurde, waren viele Abgeordnete so bestürzt und erbittert, daß sie erklärten, zu den Republikanern übergehen zu wollen. Das ist eine Probe brasilianischer Parteilogik.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 18. März. In der gestrigen letzten Sitzung des Pommerschen Provinzial-Landtages wurde mit Rücksicht auf ein Reskript des Herrn Ministers für öffentliche Arbeiten, betreffend den Bau einer die Städte Polzin, Bärwalde, Bublitz und Bollnow berührenden Eisenbahn, folgender Antrag angenommen: „Der Provinziallandtag von Pommern hat von dem Schreiben des Herrn Ministers für öffent-

liche Arbeiten vom 3. Mai v. J., betreffend die Zusage weiterer Ermittlungen über das Bedürfnis und die zweckmäßigste bezw. billigste Ausführung von Meliorationsbahnen in dem Verlehregebiet zu beiden Seiten der Belgard-Neustettiner Bahn, Kenntniss genommen und beantragt demzufolge: Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten wolle, wenn die zugesagten Ermittlungen zu dem Ergebnis führen sollten, daß die vollständige, in der Petition vom 2. resp. 9. März v. J. beantragte pommersche Städtebahn wegen zu großer Ausdehnung und Kostenbarkeit in nächster Zeit als ausführbar noch nicht erscheint, in Erwägung nehmen: ob nicht durch thunlichst baldige Herstellung der ungefähr 15 Kilometer langen und minder kostbaren Theilstrecke von einem geeigneten Bahnhof der Belgard-Neustettiner Bahn nach der Kreisstadt Bublitz zum mindesten dem dringenden und durchaus berechtigten Anspruch des Kreises Bublitz auf Anschluß an das Staatsbahnnetz genügt werden kann, da dieser Kreis der einzige in der ganzen Provinz Pommern ist, welcher noch keine Eisenbahn hat.“

Von den Plänen zum Bau der Provinzial-Irrenanstalt wird Kenntniss genommen. Die Kosten für dieselbe sind auf 1,500,000 Mark veranschlagt. Die Anstalt soll $\frac{1}{4}$ Meile von Lauenburg errichtet werden. Dem Projekt wird zugestimmt und genehmigt, daß der Herr Landes-Direktor etwaige Änderungen nach seinem Ermessen vornehmen könne.

Ohne Debatte wurden die umgearbeiteten Reglements über die dienstlichen Verhältnisse der Provinzialbeamten und für die Verwaltung der Irrenanstalten des Provinzialverbandes von Pommern den Vorlagen gemäß genehmigt; ebenso das Statut für die im letzten Pommerschen Städtetag beschlossene Gründung einer Pommerschen Wittwen- und Waisenkasse für Kommunalbeamte.

Der Herr Landes-Direktor Freiherr von der Woltz wurde ermächtigt, für den Fall eines Krieges alle freizustellenden Räumlichkeiten in Provinzial-Anstalten, sowie die entbehrlichen Ausstattungsgegenstände für die freiwillige Krankenpflege zur Verfügung zu stellen.

Der Provinzial-Haushalts-Etat pro 1887—88 weist in den dauernden Einnahmen eine Summe von 3,129,500 Mark, in den extraordinären Einnahmen von 1,120,000 Mark, in den dauernden Ausgaben von 3,084,800 Mark, in den extraordinären Ausgaben von 1,164,700 Mark auf, so daß der Etat in Einnahme und Ausgabe mit 4,249,500 Mark balancirt. Der Spezial-Etat für den Chauffee- und Wegebau balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 1,502,206 Mark. Beide Etats wurden in dieser Höhe festgestellt.

Es folgte noch eine Reihe von Vorlagen, welche ohne allgemeineres Interesse sind und den Kommissionsanträgen gemäß ihre Erledigung fanden. Um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr erklärte der Vorsitzende sämtliche dem Landtage vorliegenden Arbeiten für erledigt, worauf der Oberpräsident Graf Behr-Negendank für das einmüthige Zusammenwirken der Versammlung den Dank aussprach und im Namen Sr. Majestät des Kaisers den 13. Provinzial-Landtag für geschlossen erklärte. Der Präsident, Herr v. Köller-Kantred, schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, in welches die Versammlung dreimal lebhaft einstimmte, die Sitzung. Auch dem Vorsitzenden wurde für seine Geschäftsführung der Dank der Versammlung ausgesprochen.

Die Ersatzwahl eines Mitgliedes des Abgeordnetenhauses für Stettin an Stelle des verstorbenen Oberlehrers Th. Schmidt findet nach einer Bestimmung des Ministers des Innern am 19. April statt. Für 39 Wahlmänner, welche durch Tod, Wegziehen aus dem Wahlbezirk oder auf sonstige Weise ausgeschieden sind, muß eine Neuwahl stattfinden. Der Termin für letztere ist noch nicht festgesetzt.

Aus den Provinzen.

Vermischtes aus Pommern.

Greifenberg, 16. März. Auch bei uns hat der Schneesturm vom Sonnabend zum Sonntag vielfache Verwüstungen an Dächern und Schornsteinen, in den Forsten und Landstrassen angerichtet, so unter Anderem die obere Spitze des Kirchturmes der St. Marienkirche nach der einen Seite übergebogen, in Wittenfelde die Windmühle total umgestürzt und verschiedene andere Mühlen arg beschädigt. — Durch die strenge Kälte und wegen der theilweise verschneiten Wege ist der heutige zweite Viehmarkt nicht so stark besucht und mit Vieh betrieben wie der erste vor 14 Tagen. Es waren indeß doch ca. 100 Pferde und einige hundert Rindvieh aufgetrieben und auch Händler und Käufer reichlich erschienen, so daß das erst langsame Geschäft gegen Mittag flotter wurde. Junge Arbeits- und Zugpferde wurden zu guten Preisen für Pferdebahnen angekauft und Rindvieh, Milchkühe auch von Händlern und mit der Bahn verladen, doch waren die Preise nur mäßig, 120—180 M. — Unser St. Georg-Hospital hat einen Insassen mit Namen Johann Theil, der bereits gegen hundert Jahre zählt und noch immer geistig frisch ist. Derselbe ist gegen 40 Jahre Insasse des Hospitals und hat in dieser Zeit sämtliche Hospitalitenfamilien, 51 an der Zahl, die zur Zeit seines Eintritts Stellen inne hatten, zu Grabe tragen sehen, sogar sind viele Stellen in dieser Zeit mehrere Male ausgefallen. Als er seine zweite Ehe schloß, war Theil bereits in der Mitte der sechziger Jahre.

Ednig. Die Tabakbauer der hiesigen Gegend haben in einer vorgestern abgehaltenen Versammlung einstimmig beschlossen, eine

Petition an den Reichskanzler resp. den Reichstag abgehen zu lassen, in welcher um Einführung des Tabakmonopols gebeten wird.

Pase walf. Der hiesige Magazin-Mendant Herr Mewes ist durch Allerhöchste Ordre vom 12. d. M. zum königl. Proviantmeister befördert und als Chef des Proviant-Amtes nach Rastatt in Baden versetzt worden und hat seine neue Dienststellung zum 1. April cr. anzutreten. Zum Nachfolger des Herrn Mewes ist der Intendantur-Assistent Herr Julius Lefevre aus Metz ernannt.

Stralsund. Wie verlautet, sind denjenigen Personen, welche in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag bei dem Sturme mit dem Rettungsboote aus waren, von dem Verein für die Rettung Schiffbrüchiger Gratifikationen gewährt worden.

Vermischte Nachrichten.

Folgende scherzhafte Zusammenstellung des Reichstags geht der „B. Z.“ aus ihrem Leserkreise zu: Zunächst muß dem aufmerksamen Beobachter die Thatsache auffallen, daß der Handwerkerstand das Hauptkontingent stellt. Schneider und Schuster, Böttcher, Sattler, Schmidt, Weber, Goldschmidt Drechsler und Schreiner ist hier vertreten. Letzterem steht bereits ein Spahn, ein Klotz und Burbaum-Holz zur Verfügung. Der Kaufmannsstand wird nur durch einen Krämer repräsentirt. Daß andererseits auch der Hofmann, der Graf u. s. w. nicht fehlt, ist selbstverständlich. Betrachten wir die Statuten der einzelnen Persönlichkeiten, so entdecken wir, daß der Eine Maager ist, während der Andere zu den Pfetten zählt; der Eine ist Kurz, der Andere ist Lang; der Hüne und der Kleine bilden einen feststehenden Kontrast. — Warum zeigt sich jener Neuling dort so Jach? Wir fürchten, es werde kein Hahn, kein Hänel nach ihm trahen. Je Größer desto besser! — Wird des Geistes Funde die Hipe der Debatte bis zum äußersten Grad treiben? — Werden Lerche und Sperber, nachdem sie flügge geworden, viel „geflügelte“ Worte schaffen? Die deutschfreisinnige Partei bewilligt natürlich nach wie vor jeden Groschen resp. Nickel oder Böhm.

Kunst und Literatur.

Florenz in Wort und Bild. Geschildert — Kulturgeschichte — Kunstgeschichte von Rud. Kleinpaul. Mit 200 Illustrationen. In 20 Hefen a 1 Mark. Leipzig, Schmidt und Günther. 12. und 13. Heft.

In diesen Hefen führt uns der Verfasser nach zwei Museen, dem Bargello oder Museo nazionale und dem Etruskischen Museum, darauf nach dem Palaste der Mediceer und der Gräberkirche derselben San Lorenzo, wo wir die weltberühmten Grabmonumente des Giuliano und Lorenzo Medici bewundern, die Michelangelo in seinem bekannten großen Style arbeitete. Die Hefen sind reich illustriert. [43]

Verantwortlicher Redakteur: B. Sieveks in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Brüssel, 17. März. Die gemeldeten Arbeiterunruhen in Soignies wurden durch die militärische Besetzung der Steinbrüche unterdrückt. Heftige Schneefälle unterbrechen den belgisch-englischen Verkehr.

Paris, 17. März. An der heutigen Börse wurde behufs Motivierung der Baissé das absurde Gerücht verbreitet, Herbet sei nach Paris berufen, wodurch die Regierung eine Mißbilligung der Reise Lesspess ausdrücken wolle. Die Abendblätter enthalten einen Entschuldigungsbrief Boulangers, welcher die Armeekommission befriedigen dürfte.

Paris, 17. März. Aus allen Theilen Frankreichs wird starker Schneefall gemeldet.

Paris, 17. März. Das heute an der Börse zirkulirende Gerücht von der Abruferung des Botenchafters Herbet in Berlin wird formell für unbegründet erklärt.

Die Mitglieder der heute vom Senat gewählten Kommission zur Vorberatung der Vorlage über die Zuschlagstare auf Zerealien sind durchweg der Annahme der bezüglichen Beschlüsse der Deputirtenkammer zugeneigt.

Der heute früh hier eingetretene Schneefall dauert ununterbrochen fort; aus Marseille wird gemeldet, das Ein- und Auslaufen der Dampfer sei durch das ungünstige Wetter auf das Äußerste erschwert.

London, 17. März. Unterhaus. Unter Staatssekretär Fergusson bezeichnet die Behauptung, daß sich der Ackerbau in Egypten in Folge der schweren auf demselben liegenden Lasten verringert habe, als unbegründet, derselbe habe sich vielmehr vermehrt, die Verschuldung der Ackerbauer habe abgenommen, ihre materielle Lage habe sich gebessert.

Rom, 17. März. Gutem Vernehmen nach begiebt sich der Sekretär der Heiligen Kongregation für außerordentliche geistliche Angelegenheiten, Monsignore Galimberti, auf Befehl des Papstes morgen mit zwei Sekretären nach Berlin, um Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm ein eigenhändiges Geburtstags-Glückwunschkreiben des Papstes zu überreichen.

Stockholm, 17. März. Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind mit ihren beiden Söhnen, den Prinzen Gustav und Wilhelm, heute Abend 6 Uhr über Kopenhagen nach Berlin abgereist, um der Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm beizuwohnen.

Petersburg, 17. März. Im Zusammenhang mit dem Attentatsversuch wurden am Montag viele Offiziere der hiesigen Garnison verhaftet.

„Zwischen fünf und sechs Uhr.“

„Hört, Watson, wir wollen für Betsie's Begräbniß sorgen, — geht zum Coroner und be-

„Ich verstehe nicht,“ murmelte John bestürzt.
„Nun, es betrifft eben diesen Mr. North, von
welchem Eure Bessie einen wahren Abscheu besaß,
weil sie überzeugt schien, daß derselbe Euch auf
schlimme Abwege führen wolle. Sie bat mich,
Euch vor ihm zu behüten, weil sie sonst nicht

In Watſon's Augen bligte es zornig auf, doch bezwang er ſich und bemerkte, daß es ſich um eine kleine Reiſe handele, die er — John — für Mr. North, der London augenblicklich nicht verlaſſen könne, unternehmen ſolle; Mr. und Mrs. Longfield möchten ſich ſeinetwegen nicht beunruhigen, — er habe bereits die beſten Ausſichten auf gute Arbeit und nur das eine ſchwere Herzgeleid, daß er den Ertrag deſſelben nicht mehr mit ſeiner Beſtze theilen könne.

(Fortsetzung folgt.)

Die Haupt-Expedition, Berlin SW.

Rob. Th. Schröder, Generaldebit, Steffin.

Pommerischer Inouille-Verein d. Alt.

No. 3. und No. 4. in Bad Sobern, unter Kontrolle des Königs.
Diebelen und mit großem Nutzen anwendbar: bei allen chronischen Catarrhen des Rachens, des Keh-
kopfs und der Lungen; sie wirken in hohem Grade chemisch, nöthigt sie ihr Einfließ bei den vererbten
Husten und führen Heilung herbei. Keineswegs nöthigt sie ihr Einfließ bei den vererbten
Catarrhen Tuberkulose, bei chronischen Catarrhen des Rachens und des Darm-
tracts von Verstopfung begleitet, bei chronischer Selbstvergiftung, Scharbothen, leichten Leber-
entzündungen und ähnlichen Krankheiten, bei chronischen Catarrhen des Rachens und des Darm-
tracts und solchen Affektionen der Lungen-Catarrhen verbunden, so ist die Wirkung der Pastillen eine besonders vorzüglich-
e. Sie sind in den Apotheken, Central-Depot Ab. Derm. Kap. Frankfurt a. M.

Königstr. Nr. 1, Tuchhandlung.

KUNSTSTOFF-REZEPTHEFT VON NICHOLSON hellen und vermindern die Taubheit, gleichviel aus welcher Ursache dieselbe her stammt. Das bemerkenswerthesten Heilungen sind erfolgt. Man sende 20 Pfennig, um franco die illustriertes Werk von 80 Seiten zu empfangen, welches die interessanten Beschreibungen über die Versuche enthaelt, die zur Heilung der Taubheit durch die Kunststoffe gemacht worden sind, man findet darin auch Angaben über die Eigenschaften der Kunststoffe, Verleger: J. H. NICHOLSON, 404, Unter den Linden, Berlin, oder Angabe dieser Zeitung.

Die Abgabe von **Ad. Sandes**, (Haupt-
vertheilung), Originalsaat, ausgezeichnetes Saatgut, in
m Preise von **Mk 240** per 1000 kg excl. Saad a
ahn Götten netto Kasse zu verkaufen.
Hüttengut Bebringen bei Götten (Anhalt).
Ad. Sandes, Oberamtmann.

probat gegen graue und rothe Haare, a. Fl.
75, 150, 200 A ausschließlich Portobetrag.
Carl Licht, Roiffeur, Dresden N
Post- und Probefend. prompt geg. Nachnahme.

Apotheker in Biersen.
Zahlreiche Mittelste liegen vor, wie z. B.:
Das Skollmittel hatte in sämtlichen Fällen den erwünschten Erfolg. Senden Sie mir, bitte, nochmals ein
Flasche.
Gleich (Reg.-Bez. Trier). **Klein, Posthalter**

in hohem Stadium heilbar.
Lehrer **suersen**, Hamburg, Albertstr. 2.

Heirat!

Dem Bürger- bis zum höchsten Adelland können Sie unter freier Discretion sich sofort reich und wasend verheiraten.

(erste und größte Institution der Welt!) Für Damen frei.

Reisender gesucht.

Eine mechan. Wollen-Weberei Greiz-Gera
Artikel, die eine lange Reihe von Jahren Ost-
Westpreußen, Vor- und Hinterpommern Brandenburg

vertraut sein muß
Angaben von Referenzen bei **Haasensteins**
Vogler, Leipzig, unter Chiffre **Z. Z. 849** ein-
zureichen.

Ein pr. fac. doc. gepr. Lehrer (alte u. n. Spr. 20
sucht Stell. an einer Anstalt oder als Hauslehrer m
wen. Gehalt.
Adressen unter **Dr. Z.** Breslau, Matthiasstraße 7

1 Fr. 5. Thlr.
Stellensuchende jeden Berufs plac
 schnell **Reuter's Bureau** in Dresden. Ne

Broschüre gratis und franko.
Arthur Hiltawski in Zaborze i. Ob. Schl.